

Abstimmungsanalysen in der direkten Demokratie

Autor(en): **Cattacin, Sandro / Panchaud, Christine**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **75 (1995)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165462>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ABSTIMMUNGSANALYSEN IN DER DIREKTEN DEMOKRATIE

Sandro Cattacin

lehrt an den Universitäten Genf (Département de Science Politique) und Freiburg i. Ue. (Chair de Travail Social). Wichtigste Veröffentlichungen: «Stadtentwicklungspolitik zwischen Demokratie und Komplexität», Campus Verlag, Frankfurt am Main 1994, und (mit Danielle Bütschi) «Le modèle suisse du bien-être», Editions Réalités sociales, Lausanne 1994.

Christine Panchaud

ist Forschungsassistentin am Département de Science politique der Universität Genf. Neueste Publikation: Sandro Cattacin / Christine Panchaud «La maître du sida. Une Analyse comparative des réactions organisationnelles au vhi / sida en Europe de l'Ouest», Politique et Management Public (erscheint im Herbst 1995).

Die Stimme der Politologie meldet sich jeweils nach den eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen, um das Resultat zu interpretieren. Die sogenannten Vox-Analysen führen zwar selten zu neuen Erkenntnissen, sie dienen aber doch der Versachlichung der politischen Diskussion und bilden eine wichtige Informationsquelle.

Vox-Analysen sind Interpretationen von Umfragen, die jeweils eine Woche nach Abstimmungen und Wahlen durchgeführt werden. Solche Umfragen und Analysen finden seit 1977 statt. Die Idee, in der Schweiz Wahl- und Abstimmungsergebnisse anhand von Umfragen genauer zu hinterleuchten, stammt von *Werner Ebersold*, Leiter der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS). Zusammen mit *Erich Gruner* vom Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern wurde diese Idee zu einer konkreten Initiative, die seither bereits über 50 Vox-Analysen hervorgebracht hat.

Nachdem auch die Universitäten Genf (Département de Science Politique) und Zürich (Forschungsstelle für politische Wissenschaften) von den Initianten kooptiert wurden, hat sich eine Arbeitsteilung in der Erarbeitung der Vox-Analysen eingestellt, die darin besteht, die GfS mit der Aufgabe der Datenerhebung und Verarbeitung zu beauftragen, während die drei Universitäten, in Rotation, die Analyse bewerkstelligen. Die Finanzierung wird vor allem vom Bund übernommen; er subventioniert die GfS für diese Aufgabe, während die Universitätsinstitute die Analyse auf eigene Kosten übernehmen (weitere Finanzierungsquellen stammen von regelmässig einzahlenden Abonnenten der Vox-Analysen und aus Drittquellen).

Vox-Analysen basieren auf repräsentativen Stichproben der Schweizer Bevölkerung, die alle drei Landesteile umfassen und rund 1000 Personen betreffen. Die gestellten Fragen sind, seit Beginn der Umfragen, mehr oder weniger die gleichen geblieben, was eine in den Sozialwissenschaften seltene Kontinuität des Ge-

samtdatensatzes hervorgebracht hat. (Dies soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wohl in Zukunft einige Anpassungen der Fragen nötig sein werden.)

Wertvoller Rohstoff für Interpretationen

Diese Tatsache erlaubt, Vox-Analysen nicht nur als Versachlichungsbeiträge an den politischen Alltag zu charakterisieren. Die in den Umfragen erhobenen Daten bilden in ihrer Gesamtheit auch eine wertvolle Fundgrube für soziologische Analysen zum politischen Verhalten der Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Unzählige Sekundäranalysen basieren auf diesen Daten, und zwei für die politische Soziologie der Schweiz wichtige grössere Publikationen sind daraus hervorgegangen. Es handelt sich dabei um die Studie von *Erich Gruner* und *Hanspeter Hertig* von 1983, welche die ersten zwölf Vox-Umfragen auswerten sowie um die kürzlich erschienene, von *Hanspeter Kriesi* et al., die auf den Vox-Umfragen fünfzehn bis 42 beruht und den Zeitraum zwischen 1981 und 1991 umfasst¹. Die Arbeit von Gruner und Hertig entstand im Lichte der die siebziger Jahre prägenden Debatte rund um die abnehmende Stimmbeteiligung an Wahlen und Abstimmungen. In diesem Umfeld ist es nicht überraschend, dass die Studie kritisch festhält, dass nicht nur die Anzahl der Stimmenden abnimmt – was vor allem mit dem Verlust an Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen und der Zunahme alternativer politischer Kanäle erklärt wird –, sondern auch deren Kompetenz. Denn rund ein Drittel der Stimmenden erschien in dieser Studie als inkompetent (in den Worten von Gruner und Hertig

¹ *Erich Gruner* und *Hans-Peter Hertig*: «Der Stimmbürger und die «neue» Politik». Bern, Verlag Paul Haupt; *Hanspeter Kriesi* (Herausgeber), 1993, «Citoyenneté et démocratie directe. Compétence participation et décision des citoyens et citoyennes suisses». Editions Seismo, Zürich 1983.

besitzen diese Stimmenden eine ungenügende «materielle Problemlösungskapazität»), während nur ein Sechstel der Befragten als tauglich zur Teilnahme an Abstimmungen bezeichnet wird.

Dieses Ergebnis wird in der von Hanspeter Kriesi konzipierten und von Studentinnen und Studenten seines Diplomseminars realisierten Studie teilweise revidiert. Die Resultate sind generell weit optimistischer und entsprechen auch eher einem heute gegenüber der direkten Demokratie freundlicher gesinnten und weniger alarmistischen Umfeld. Das zentrale Resultat dieser Studie betrifft denn auch die Qualität der Stimmbürgerschaft und der Ergebnisse direktdemokratisch gefällter Entscheide. Kriesi et al. stellen einerseits fest, dass der Prozentanteil der Stimmenden sich in den achtziger Jahren auf einem sicher nicht überragendem Niveau von rund vierzig Prozent stabilisiert hat, was nichts weniger bedeutet, als dass der seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende Trend zur abnehmenden Stimmbeteiligung gestoppt wurde.

Mehrheitlich kompetente Stimmberechtigte

Andererseits erscheinen in dieser Studie die Stimmenden, und dies im Gegensatz zu Gruner und Hertig, weit kompetenter: Rund ein Drittel wird zwar weiterhin als inkompetent abgestuft, und rund 44 Prozent der Stimmenden insgesamt zeigen Schwierigkeiten, sich eine Meinung zu bilden (was die Frage der Bürgerkompetenz weiterhin als wichtiges Problem erscheinen lässt). Doch ergibt die Studie auch einen Anteil von rund fünfzig Prozent völlig entscheidungsfähiger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. (Dieses stark von den Ergebnissen von Gruner und Hertig abweichende Resultat kann auch darauf zurückgeführt werden, dass der Indikator für hohe Kompetenz bei Kriesi et al., wie die Autoren redlicherweise vermerken, weniger streng konstruiert ist.)

Die optimistischere Einschätzung von Kriesi et al. wird durch andere interessante Auswertungen zur Qualität der Stimmbürger und der Wahlergebnisse untermauert. Nicht nur scheint alles darauf hinzuweisen, dass die Stimmenden in Kenntnis der

Der weitaus
gewichtigeren Teil
der Stimmenden,
die sich regelmässig
enthalten, haben ihr
Vertrauen in die
Politik nicht
aufgekündigt.

² In diesem Zusammenhang ist auch auf die weiterführende, unter der Leitung von Yanniss Papadopoulos, Professor am Institut de science politique der Universität Lausanne, erschienene Studie erwähnenswert, die den Titel «Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales 1970-1987» trägt. Lausanne, Editions Réalités sociales.

Konsequenzen ihre Wahl entscheiden; es deutet auch alles darauf hin, dass die Ergebnisse der sechzig Abstimmungen zwischen 1981 und 1991 – mit Ausnahme des bundesrätlichen Gegenprojekts zur Kulturinitiative – nicht anders ausgefallen wären, wenn die inkompetenten Stimmbürger nicht an der Wahl teilgenommen hätten. Daraus folgern die Autoren auf ein von der spezifischen Literatur bisher eher ausser acht gelassenes Phänomen, das diese als «autocensure» oder «autosélection» bezeichnen: Die bewusste Enthaltung von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern an der Beurteilung von Abstimmungsgegenständen, die nicht verstanden werden. Dies bedeutet zweierlei: dass die Zusammensetzung des Stimmkörpers von Abstimmung zu Abstimmung stark variiert und dass die Stimmenthaltungen nur zu einem geringen Teil mit Politikverdruss erklärt werden können. Der weitaus gewichtigere Teil der Stimmenden, die sich regelmässig enthalten, haben ihr Vertrauen in die Politik nicht aufgekündigt. (In Zahlen ausgedrückt: Politikverdrossene, die nicht mehr Stimmen gehen, machen ungefähr 18 Prozent aus, 56 Prozent der Stimmberechtigten sind «selektive Stimmbürger», während rund 26 Prozent der Stimmberechtigten Modellbürger sind, die keine Abstimmung verpassen.)

Stimmabstinenz als «Selbstselektion»

Diese Tendenz zur «Selbstselektion» wird zusätzlich generell durch die selektive Teilnahme an Abstimmungen verstärkt. Es selegiert denn auch nicht nur die Kompetenz (die markant höher ist bei der stimmenden Bevölkerung gegenüber der stimmabstinenten); auch Komplexität und Inhalt der Vorlage sind Auswahl-faktoren, welche die «Selektion» von den Stimmabstinenten und von den «Modellbürgern», die immer wählen gehen, unterscheiden. Dass dieses Ergebnis möglicherweise auch als Trend generalisiert werden kann – die «Selektionen» finden sich vor allem in den jüngeren Altersklassen und bei Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem Bildungsniveau –, stellt die Autoren der Studie vor schwierige, demokratietheoretische Fragen, deren Beantwortung zukünftigen Forschungen und Reflexionen anheimgestellt bleibt².

Künftige Überlegungen zur direkten Demokratie werden sich auch an weiteren Ergebnissen dieser empirischen Untersuchung orientieren müssen. So zum Beispiel an dem zum Teil überraschenden, zum Teil doch bereits seit einiger Zeit vorhergesehenen Ergebnis der Relativierung aller klassischen Cleavage-Strukturen, die bisher als zentrale Faktoren der Erklärung des Stimmverhaltens im allgemeinen, des Stimmverhaltens der Schweizer Bürgerinnen und Bürger im speziellen aufgeführt wurden. In einem der interessantesten Beiträge des Sammelbandes, der von *Massimo Sardi* und *Eric Widmer* erarbeitet wurde, werden den bisher die Schweizer Politik prägenden Spaltungen religiöser, territorialer oder kultureller Art sowie dem Klassengegensatz keinen den Stimmausgang erklärenden Wert zugeschrieben. (Besonders die Relativierung der territorialen Dimension kann helfen, die nach der Abstimmung vom 6. Dezember 1993 zum EWR-Beitritt von verärgerten Kommentatoren prophezeite Spaltung der Schweiz als übertrieben zu bezeichnen. Diese Spaltung findet sich zwar themenspezifisch immer wieder, tritt jedoch im untersuchten Zeitraum nicht als generelles Phänomen auf.)

Der Meinungsgraben zwischen Stadt und Land

Säkularisierung, Pluralisierung der Lebensformen, zunehmende Mobilität, komplexe Identifikationsformen, aber auch die Zunahme der Bedeutung meinungsbildender Tribünen wie das Fernsehen und die Presse sind Erklärungsansätze, die sich zwischen den Zeilen dieser Studie finden lassen und die versuchen, diese Abnahme des Einflusses der klassischen Cleavage-Strukturen genauer zu bestimmen. Doch neben diesen Spekulationen macht die Untersuchung von Kriesi et al. auf eine neue Spaltung der Schweizer Gesellschaft aufmerksam, die beinahe jedes Abstimmungsergebnis der achtziger Jahre bestimmte. Es handelt sich dabei um die Spaltung, die oberflächlich als Spaltung zwischen Generationen erscheint, genauer betrachtet jedoch eine Spaltung zwischen der ländlichen, konservativen Schweiz und der modernen, urbanen Schweiz, zwischen der auf sich selbst bezogenen

.....
*Spaltungen
 religiöser, territorialer,
 kultureller oder sozialer
 Art haben keinen den
 Stimmausgang erklärenden Wert.*

Schweiz der traditionellen Werte der Familie, der Kirche und der Arbeit einerseits und der weltoffenen Schweiz der Emanzipation andererseits ist – in anderen Worten: eine Spaltung zwischen, und hier verweist Hanspeter Kriesi in seinen Schlussfolgerungen zu Recht auf *Inglehart*, «materialistischen» und «postmaterialistischen» Werten.

Diese Bedenken finden in der in bezug auf die Entscheidungsfindung in der direkten Demokratie doch eher optimistisch abgefassten Studie genügend Raum. Sie zeigen, dass die direkte Demokratie nicht nur ein von der Zivilgesellschaft losgelöstes Verfahren ist, das einmal installiert, je nach ideologischem Standpunkt, die Politikergebnisse verbessert oder verschlechtert. Die direkte Demokratie bringt vielmehr die darin vorhandenen Tendenzen und Konflikte, Meinungen und Ängste auf eine kanalisierte Weise zum Ausdruck. So spiegelt sich zum Beispiel die beschriebene Spaltung der Schweizer Gesellschaft in einer Zunahme rückwärtsgerichteter Kräfte, welche die «*suissitude*», wie in der Studie von Kriesi et al. vermerkt wird, zu ihrem Zugpferd machen. Daraus muss jedoch auch gefolgert werden, dass das Instrument der direkten Demokratie gepflegt werden muss. Es braucht, wie die Vox-Analysen regelmässig zeigen und wie die beiden zitierten Werke unterstreichen, nicht nur kompetente Bürgerinnen und Bürger, sondern auch eine transparente Politik, damit diese Beteiligungsform nicht nur zum Protest, sondern auch zur Konstruktion der Zukunft der Schweiz gebraucht werden kann. ♦

SPLITTER

Versteht man demokratisch im Sinne unbeschränkter Macht der Mehrheit, dann handelt es sich um einen Unbegriff, er widerspricht sich selbst.

ERICH HOPPMANN, in: «Die Enkel des Perikles», Verlag Rösch, Gräfelfing 1995, S. 30